

# Eckpfeiler für eine pragmatische Politik der sozialen Schritte

## Ein Gespräch über 1-Euro-Jobs, Mindestlöhne, die Kapitalisierung der Arbeitslosen und die Zukunft der Arbeitsgesellschaft aus der Sicht eines Arbeitslosen

*Thomas Rudek ist Politologe und lebt in Berlin. Politisch engagiert er sich u. a. in der Anti-Hartz-Offensive, der [Kampagne gegen Zwangsumzüge](#), im [Bürgerbündnis gegen Privatisierung](#) und im [Bürgerbündnis für direkte Demokratie](#).*

B: Thomas, Du bist Politikwissenschaftler, 44 Jahre jung und beziehst seit mehreren Jahren staatliche Transferleistungen. Zwischenzeitlich hast du noch eine einjährige Fortbildung zum Multimedia-Projektleiter absolviert. Wie ist nach über einem Jahr Hartz IV Dein Befinden als Langzeitarbeitsloser?

T: Die Herunterstufung von Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfe war natürlich ein harter Einschnitt. Besonders hart hat es Familien und Alleinerziehende getroffen. Die Kinderarmut hat ein beängstigendes Ausmaß angenommen. Kinderarmut bedeutet ja nicht, dass die Eltern ihren Kindern keine Konsumwünsche erfüllen können. Kinderarmut bedeutet vor allem, dass Kinder von Hartz IV Betroffenen und prekär Beschäftigten jeden Tag hautnah erleben, dass sie nicht dazugehören, dass sie ausgegrenzt sind und es aller Voraussicht nach auch nicht schaffen, aus dieser Verarmung herauszukommen. Konkret: Kinobesuche sind ein Luxus. Urlaub ist für diese Kinder und Jugendlichen in der Regel ein Fremdwort. Mit anderen Worten: **Hartz IV manifestiert nicht nur die Verarmung, sondern führt vor allem dazu, dass die Betroffenen sich minderwertig und chancenlos fühlen sollen.**

B: Der Vergleich aus dem Hause Clements von Arbeitslosen mit Parasiten, die als Sozialschmarotzer das System aussaugen, passt genau in diese Ausgrenzung.

T: Ursprünglich dachte ich, dass dieser von Dir erwähnte **"Report an die Anständigen"** als blamables Beispiel für die Hilflosigkeit zu bewerten ist, mit der die politische Führungsschicht ihre eigene Inkompetenz zu vertuschen versuchte. Doch das Gegenteil trifft zu. Die politische Führungsschicht mit samt ihrem Unterbau hat ihre Hausaufgaben gemacht, hat aus der Geschichte gelernt und die Repressionstechniken professionalisiert und verfeinert. Um Menschen zu vernichten, müssen sie zuvor diffamiert, stigmatisiert und ausgegrenzt werden. Und diese Phase läuft mit einer beängstigenden Routine ohne nennenswerten Widerspruch.

B: Werden wir konkret. Wie sieht es mit Deinen Bemühungen um Arbeit aus? Hast Du Vermittlungsangebote des JobCenters erhalten?

T: Ja, sogar zwei Stellen als Politikwissenschaftler im Dezember letzten Jahres. Doch als ich mich bewarb, erfuhr ich, dass eine Stellenausschreibung bereits im November letzten Jahres abgelaufen war. Kurz zuvor habe ich eine Vollzeitstelle als Ausbilder von KindergartenhelferInnen für 1300 Euro Brutto angeboten bekommen. Doch auch diese Stelle war bereits vergeben.

B: Ausbildung von KindergartenhelferInnen? Hast Du als Politikwissenschaftler hierfür die erforderlichen Qualifikationen?

T: Nein, weder verstehe ich etwas von Pädagogik noch etwas von Kleinkindern. Das ist ja das ärgerliche: Ein so genanntes Profiling, also die Ermittlung der persönlichen Fähigkeiten, hat nicht stattgefunden.

B: Und wie ist es um Deine Eigenbemühungen um Arbeit bestellt?

T: Nun, Arbeit habe ich eine ganze Menge! Ich bin außerparlamentarisch sehr aktiv und viel unterwegs. Zur Zeit läuft eine **Kampagne gegen Zwangsumzüge**, des weiteren

gibt es auch in den **beiden Bürgerbündnissen gegen Privatisierung und für direkte Demokratie** allerlei zu tun. Dann gründe ich die „**Anti-Hartz-Offensive**“. Alles Politikfelder, die meinem Studium entsprechen und wo viel zusätzliche und gemeinnützige Arbeit zu leisten ist. Arbeit, die jedoch nicht bezahlt wird, weil sie nicht zur herrschenden Politik passt.

B: Von Deinem persönlichen Fall zur allgemeinen Situation: Das Verhältnis von offenen Stellen und Arbeitssuchenden ist genauso bekannt, wie die Tatsache, dass in Deutschland der Abbau an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen massiv vorangeht. Der amerikanische Autor **Jeremy Rifkin** tourt zur Zeit durch Europa und stellt unermüdlich seine These "**Vom Ende der Arbeit**" vor. Wie schätzt Du als unmittelbar Betroffener diese Sicht auf die Arbeitsgesellschaft?

T: Als ein ehemaliger Mitarbeiter des Goethe-Instituts lege ich Wert auf sprachliche Genauigkeit und würde daher die These "Vom Ende der Arbeit" erweitern und vom "**Ende bezahlbarer Arbeit**" sprechen.

B: Nicht bezahlbar, weil die in Deutschland Beschäftigten zu teuer sind, der Arbeitspreis hier zu hoch ist?

T: Gewiss nicht und das stellt Rifkin auch klar heraus: **Die Arbeitsplätze, die in Deutschland und den USA durch Betriebsverlagerungen ins Ausland verloren werden, betragen ein Prozent!** Wesentlich entscheidender ist der Umstand, dass wir in einem **Land der Hochtechnologie** leben. Arbeitsprozesse werden rationalisiert, **automatisiert, beschleunigt, verdichtet**. Das bedeutet zweierlei: Die Investitionen in die Maschinenparks und Produktionsverbundsysteme sind kapitalintensiv und kosten Geld, welches für menschliche Arbeitskraft nicht länger zur Verfügung steht. Der Mensch als Arbeitsplatzbesitzer kann mit seinen Rivalen aus der Maschinenwelt nicht Schritt halten, hat ausgedient und wird wegrationalisiert. Der Nationalökonom und **Nobelpreisträger Wassily Leontief** hat das bereits 1984 treffend formuliert:

***"Wenn man Pferde durch Traktoren ersetzen kann, wird man die Pferde nicht besser behandeln, man entledigt sich ihrer - und heute ist die Lage der Menschen, grob gesagt, die der Pferde".***

Hartz IV wie die Agenda 2010 müssen in diesem Kontext betrachtet werden, sonst sieht man die Tragweite nicht.

B: Hartz IV als Schlachthof für die Überflüssigen? Ist das nicht übertrieben?

**T: Nein, sondern es liegt in der menschenverachtenden Logik einer betriebswirtschaftlich ausgerichteten Kosten-Nutzen-Analyse: Wer für die Produktion nicht mehr gebraucht wird, muß sich auch nicht mehr reproduzieren, zumal die Reproduktion knappe und kostbare Ressourcen wie Energie, Luft und Wasser beansprucht. Wer nicht gebraucht wird, soll auch nichts verbrauchen. Und wer im Niedriglohnsektor gebraucht wird, der soll wenig verbrauchen. Das ist die Konsequenz neoliberalen Denkens, die im Konzept der eigenverantwortlichen, privaten Daseinsvorsorge endet.**

B: Die Automatisierung im industriellen Sektor mit seinen Konsequenzen für die Beschäftigung ist genauso bekannt wie die Hoffnung, dass der **Dienstleistungsmarkt** diejenigen auffängt, die aus dem industriellen Sektor gedrängt werden.

T: Dieser unterstellte arbeitsmarktpolitische Stabilisierungseffekt war auf den **Industriesoziologen Daniel Bell** zurückzuführen, der die **Dienstleistungsgesellschaft als verheißungsvolles Paradies** angekündigt hat, jedoch von Volkswirtschaft keine Ahnung hat. Die volkswirtschaftlich relevante Frage lautet: Wie funktioniert der **Transfer der Gewinne**, die im industriellen Sektor in vollautomatisierten Fabriken erwirtschaftet werden, in den **tertiären Sektor**? Die Shareholder erhalten ja lediglich einen Bruchteil des Gewinns. Zweitens, und das ist entscheidend: Die Automatisierung macht auch vor der Dienstleistung nicht halt. Nehmen wir den Kernbereich der Dienstleistungsbranche mit den Sektoren Handel, Banken und Versicherungen. Auch hier wird munter fusioniert, umstrukturiert,

entlassen. Allein in der deutschen **Versicherungswirtschaft** mit rund 240000 Mitarbeitern werden in den nächsten Jahren 60000 Stellen abgebaut. Und über die Entlassungen bei den **Großbanken** wird permanent berichtet. Beachten wir den **Handel**, insbesondere den Einzelhandel: Auch hier sind die Vertreter der technologischen Leitkultur bereits dabei sich der Kassierer zu entledigen: Sobald die **Warenetikettierung mit RfID-Chips** durchgesetzt ist fährt der Käufer den gefüllten Einkaufswagen durch eine Schleuse. In der Schleuse wird per Funkübertragung der zu zahlende Betrag ermittelt - alles in wenigen Sekunden -, dann legt der Kunde seine ecard vor, der fällige Betrag wird abgebucht, die andere Schleusentüre öffnet sich und der Kunde verlässt den Supermarkt, geht auf den videoüberwachten Parkplatz, verstaut die Konsumgüter und fährt nach Hause.

B: **Schöne neue Shopping-Welt.** Doch vielleicht helfen die freigesetzten Kassierer freiberuflich beim Verstauen der Waren im Kofferraum...

T: ... und beraten über das veränderte Warenangebot der nächsten Woche, damit das Kundengespräch auch zielgerichtet verläuft. Ja, das alles ist keine Science-Fiction, sondern in der Planung und wird kommen. Auch der **Behördenapparat** wird hinsichtlich der Genehmigungsverfahren **komplett digitalisiert**. Das dauert keine 10 Jahre, dann ist dieses Projekt abgeschlossen und viele sind ausgeschlossen von einer klassischen beruflichen Perspektive. Eine bürgerliche Lebensplanung bleibt dann nur denjenigen vorbehalten, die zur Erbgemeinschaft gehören.

B: Das bedeutet, es bleibt lediglich die prekäre Beschäftigung, die ein Leben auf Sparflamme ermöglicht?

T: Ja, die Zahl der Tagelöhner wird zunehmen, die Zahl der Habenichtse wird genauso steigen wie die Verschuldung von Personenhaushalten.

B: Müsste in Anbetracht des Rationalisierungspotentials der neuen Technologien nicht endlich eine **Maschinensteuer** eingeführt werden, um die staatliche Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit zu erhöhen?

T: Wenn es darum gehen würde, der Erwerbslosigkeit wirksam entgegenzuwirken, dann hätte eine Maschinensteuer gewiss ihren Sinn, insbesondere wenn diese Einnahmen gebunden wären, um die öffentliche Investitionsquote aus dem gegenwärtigen Jammertal wieder herauszuholen. Doch die Zielvorgaben sind nicht darauf ausgerichtet, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, sondern die Arbeitslosen. Daher wird Rationalisierung gefördert, und zwar um jeden Preis, auch um den geringeren Steuereinnahmen. Eine der ersten Maßnahmen der großen Koalition bestand in der **Verbesserung der Abschreibung auf bewegliche Anlagegüter um 10 Prozent** – statt 20 Prozent jetzt 30 Prozent! Dadurch gehen dem Staat voraussichtlich bis 2009 nicht nur über 12 Mrd. Euro an Einnahmen verloren, sondern diese steuerliche Förderung der Maschinenparks bzw. von Rationalisierungsinvestitionen führt auch zu sozialen Folgekosten wie weiteren Entlassungen, mehr Arbeitslosen und einer steigenden Armut. Alles, was für die Masse bleibt, ist der Niedriglohn- und öffentliche Beschäftigungssektor, indem Menschen verheizt werden.

B: Kann hier ein Mindestlohn helfen? Die **Gewerkschaft ver.di** hat eine bundesweite Kampagne gestartet und fordert einen **Mindestlohn von 7,50 Euro**.

T: **7,50 Brutto.** Die Frage bleibt, ob dieser Mindestlohn für ein menschenwürdiges Leben ohne Angst ausreicht. Unter den Bedingungen einer wöchentlichen Arbeitszeit von 46 Stunden kommen wir auf einen Monatslohn von 1500 Euro Brutto.

B: Du hältst den Stundensatz für zu gering?

T: Hier ist Fairness geboten: Bei existierenden **130 Tarifverträgen mit einem Bruttolohn von unter 6 Euro** ist ein Mindestlohn von 7,50 Euro ein Erfolg. Was mich ärgert ist, dass die Diskussion um einen Mindestlohn komplett losgelöst von der Arbeitszeit thematisiert wird. Denn in einem wesentlichen Punkt war **Hartz IV im positiven Sinne** wegweisend: Der **Einführung der 30 Stunden Woche für 1-Euro-**

**Jobber.** Zu beanstanden ist und bleibt der Zwangscharakter, die Perspektivlosigkeit und der rechtlose Zustand dieser Art von Beschäftigung.

B: In einer Deiner informativen Rundmails hast Du Dir die Mühe gemacht, den Brutto-Stundenlohn eines 1-Euro-Jobbers in Berlin zu berechnen.

T: In Berlin arbeiten die meisten 1-Euro-Jobber 30 Stunden und erhalten eine sogenannte Mehraufwandsentschädigung von 1,50 Euro. Im Monat kommen sie so auf zusätzliche Einnahmen von 180 bis 200 Euro, wobei ich von 180 Euro ausgehe. Wenn zu diesem Betrag der Regelsatz, die Miete wie die Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung hinzugerechnet werden, dann kommt bei einer unterstellten Maximalmiete in Höhe von 360 Euro der **1-Euro-Jobber auf einen Stundenlohn von über 8 Euro Brutto** - wie gesagt unter den Bedingungen einer 30 Stunden Woche!

B: Wie kommst Du auf eine Miethöhe von 360 Euro?

T: Das ist die definierte Höchstgrenze für einen 1-Personen-Haushalt in Berlin. Lebt der Arbeitslose in einer Wohnung, die mehr kostet, dann ist die Wohnung nicht angemessen und es gibt Ärger mit dem JobCenter.

B: Die Variable bei der Berechnung des Stundenlohnes eines 1-Euro-Jobbers ist folglich die Miethöhe?

T: Richtig, aber auch die Zahl von Personen in einer Bedarfsgemeinschaft.

B: Du plädiert folglich für einen Mindestlohn von 8 Euro?

T: Das **bundesweite Aktionsbündnis Sozialproteste** hat sich für einen **Mindestlohn von 10 Euro** ausgesprochen. Das erscheint mir vor dem Hintergrund der Inflationsrate wie der bevorstehenden Erhöhung der Mehrwertsteuer auch auf den ersten Blick verständlich.

B: Auf den ersten Blick?

T: Nun, 10 Euro Brutto Mindestlohn ist leicht zu kommunizieren, weil auch leicht zu berechnen und populistisch gut zu verkaufen.

B: Ich höre da gewisse Bedenken heraus. Kannst Du diese Skepsis erklären?

T: Zunächst will ich vorausschicken, dass, wenn es nach **dem Prinzip wünsch-dir-was** ginge, ich mir für jeden Menschen ein **bedingungsloses Grundeinkommen in Höhe von 1500 Euro Brutto** wünschen würde. Hier gibt es unterschiedliche Finanzierungsmodelle, die näher zu erläutern hier nicht der Platz ist. Nur soviel: Dieses Modell würde mehrere Strukturumbrüche innerhalb des gegenwärtigen Systems voraussetzen. Doch für diese notwendigen Strukturumbrüche oder Systemveränderungen fehlen die gesellschaftlichen Kräfte. Doch als langfristiges Ziel muß diese Vision richtungsweisend sein. Um jedoch der gegenwärtigen Repression konkret zu begegnen, würde ich mir pragmatische Forderungen wünschen, die den Betroffenen ganz unten kurz- und mittelfristig helfen.

B: Doch das könnte ein relativ hoher Mindestlohn von 10 Euro Brutto doch sein, oder?

T: Schauen wir uns die **Mindestlöhne bei unseren europäischen Nachbarn** an: In Luxemburg gibt es auf dem Papier 8,69, in Frankreich 8,03, in den Niederlanden 7,91, in Großbritannien 7,86 usw. Abgesehen davon, dass gesetzlich festgeschriebene Mindestlöhne noch lange keine Garantie darstellen, dass diese auch faktisch ausgezahlt werden, stellt sich für mich das Problem in der reduzierten Wahrnehmung dar.

B: Du meinst, die linke Forderung: Was in Frankreich möglich ist, dass muß auch hier gehen?

T: Genau. Wenn wir genauer hinsehen, dann stellen sich zwei Probleme: Zum einen

sind die **Lebenshaltungskosten in den Metropolen Frankreichs oder Großbritanniens** wesentlich höher als in Deutschland. Jeder, der einmal in Frankreich oder Großbritannien Urlaub gemacht hat oder Freunde besucht, wird das bestätigen können. Wer dort abends in die Pizzeria geht, der zahlt 20 bis 40 Prozent mehr als hier, was gewiss auch mit der **höheren Mehrwertsteuer** zusammenhängt. Dann wird in Großbritannien wöchentlich die Miete gezahlt, auf die Miete wird eine Steuer entrichtet, die der Mieter zahlt usw. Mit anderen Worten: Der Mindestlohn ist kein wirklicher Schutz vor der Verarmung. **Teuerungsraten** hinsichtlich der Lebenshaltungskosten sind nicht auszuschließen, sondern im Gegenteil mit einiger Wahrscheinlichkeit zu erwarten.

B: Wird deshalb in der Politik die Diskussion um einen Mindestlohn um 6 Euro Brutto so zaghaft - was die Höhe betrifft – diskutiert?

T: Ich glaube die Diskussion um den Mindestlohn ist ausgelöst durch die **Studie des Frankfurter Professors Hauser**. Diese Studie hat gezeigt, wie groß die Gruppe der arbeitenden Armen, der **Working Poor**, tatsächlich ist, dass wir **in Deutschland Millionen arbeitender Menschen haben, die so wenig verdienen, dass sie einen Anspruch auf ergänzende Sozialhilfe haben**. Da wollen die Politiker nachlegen.

B: Indem sie den Working Poor einen Mindestlohn von 6 Euro anbieten und damit paradiesische Zustände verkünden?

T: Das bezweifle ich. Die Diskussion um einen **Mindestlohn wird unter dem Etikett "Soziale Gerechtigkeit"** geführt. Doch das ist ein Etikettenschwindel. Es wird mit der Einführung eines symbolischen Mindestlohns von 6 oder 6.50 Euro Brutto so getan als ob. Zum einen wird vorgetäuscht, dass für die untersten Lohngruppen, deren Stundenlohn deutlich unter sechs Euro liegt, mit dem Mindestlohn die bevorstehende Mehrwertsteuererhöhung kompensiert werden würde. Zum anderen wird vertuscht, dass die meisten der Working Poor gar nicht in den Genuss dieses Mindestlohns gelangen, weil viele diesen Lohn einklagen müssten. Und davor schrecken die meisten zurück, einfach weil die Prozedur der Klageerhebung abschreckend ist und viele auch überfordert.

B: Warum dann die Diskussion um einen Mindestlohn?

T: Um die **Absenkung des Arbeitslosengeldes II psychologisch vorzubereiten**. Denn wenn ein Mindestlohn von 6 Euro Brutto durchgesetzt wird, dann bedeutet das theoretisch einen Monatslohn von 1001,- Euro Brutto. Ein allein stehender Arbeitsloser erhält in Berlin maximal 923,- Euro Brutto, also mit einer Höchstmiete von 360,- Euro plus, Regelsatz, Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung. Mit einem **1-Euro-Job** kommt er auf 1103,- Euro unter den Bedingungen einer 30 Stunden Woche und hätte somit einen **Stundenlohn von 8,48 Brutto**.

B: Du meinst, jemand der sich abmüht und Vollzeit arbeitet und lediglich 1001,- Euro Brutto erhält, fährt schlechter als ein 1-Euro-Jobber, der 100 Euro mehr in der Tasche hat und dafür nur 30 Stunden beschäftigt ist. Und weil das – nach neoliberaler Lesart - nicht sein darf, muß das Arbeitslosengeld II deutlich abgesenkt werden.

T: Genau so wird gerechnet. Darum werden die 1-Euro-Jobs auch zurückgefahren und durch die sogenannte **Entgelt-Variante** ersetzt, nach der **Arbeitslose 1000 Euro Brutto** erhalten und dafür Vollzeit ackern müssen. Das entspricht dann einem **Stundenlohn von 5,99 Euro Brutto**.

B: Der Mindestlohn ist also eine eingeleitete Offensive, um das Arbeitslosengeld abzusenken?

T: In diesem Kontext muß die Debatte gesehen werden. ver.di hat eine wesentliche Chance vertan: Für den Niedriglohnsektor die Debatte um einen Mindestlohn zu koppeln an die Forderung nach einer konsequenten Arbeitszeitverkürzung für die prekär Beschäftigten - **10 Euro Mindestlohn bei 30 Stunden in der Woche**. Doch wie Eingangs erwähnt, es geht bei Hartz IV nicht darum, den Menschen eine würdevolle Perspektive zu eröffnen, sondern darum, ihnen jede Perspektive zu nehmen.

B: Wenn der **Mindestlohn als propagandistische Offensive** zu betrachten ist, um **Stimmung für das weitere Absenken des Arbeitslosengeldes** zu machen, wir andererseits von der Alternative eines bedingungslosen Grundeinkommens noch weit entfernt sind, **was müsste dann an konkreten, pragmatischen Schritten geschehen, um den Arbeitslosen und prekär Beschäftigten zu helfen?**

T: Als erster Schritt, dem viele weitere folgen müssten, muß der **Empfehlung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes** gefolgt werden und der **Regelsatz auf 420 Euro angehoben** werden, und zwar ohne wenn und aber. Zeitgleich hierzu muß das **arbeitsmarktpolitische Instrument des 1-Euro-Jobs verändert werden**: a) Die **Freiwilligkeit** dieser Beschäftigung soll unterstrichen werden; b) wer sich selbst, also eigenverantwortlich eine gemeinnützige und zusätzliche Beschäftigung sucht, der soll für diese **Eigeninitiative** auch **belohnt** werden, beispielsweise durch eine Prämie, c) die Dauer dieser Beschäftigung ist auf maximal **30 Wochenstunden** zu beschränken, d) der **Rechtsstatus** ist dem eines normalen Arbeitnehmers dahingehend anzugleichen, dass der 1-Euro-Jobber vollen Anspruch auf **Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle** hat, des weiteren Anspruch auf **Urlaubsgeld** und im Fall einer 1-jährigen Beschäftigung Anspruch auf **Weihnachtsgeld** gewährt werden und schließlich auch das Recht auf Teilnahme an der **betrieblichen Mitbestimmung**. Als zweiter Schritt muß auch in diesem halb-öffentlichen Beschäftigungssektor eine **menschenwürdige Aufstiegsperspektive** vermittelt werden. Hier könnte eine schrittweise **Transformation der Trägerpauschale in das Einkommen des 1-Euro-Jobbers** veranlasst werden.

B: Wie hoch ist die Trägerpauschale?

T: Nach den letzten Zahlen, die mir vorliegen, erhält der Träger für jeden 1-Euro-Jobber bis zu 320 Euro für die sogenannte "Regieleistung". Doch der Lobbyverband der Träger will natürlich mehr. Doch ich war mit dem **Szenario eines öffentlichen Beschäftigungssektors** noch nicht ganz fertig. Als dritte Stufe sollte auch darüber nachgedacht werden, dass die 1-Euro-Jobber auch die Tätigkeiten wechseln können, vorausgesetzt sie wollen das.

B: So eine Art 1-Euro-Job-Tauschbörse?

T: Ich würde hier nicht unbedingt den Begriff der Börse ins Spiel bringen, sondern eher von einer Tauschzentrale oder Tauschplattform sprechen. Denn es ist ja so, dass diese zumeist geringqualifizierten Tätigkeiten wenig ausfüllend sind. Mit anderen Worten: Wer als über 55-jähriger zuerst in seiner Grünanlage eine Beschäftigung gefunden hat, dem geht diese Tätigkeit möglicherweise nach einem Jahr auf die Nerven und wem der Sinn nach einer anderen Beschäftigung im Kiez stehen sollte, der sollte auch in eine andere Beschäftigung wechseln können. Und diese Art der, wie soll ich es nennen, produktiven Rotation sollte ermöglicht werden - wie gesagt alles unter der Prämisse der Freiwilligkeit.

**B: Wenn wir die erste Stufe Deines Modell durchrechnen, was für einen Monatsverdienst hätte dann der 1-Euro-Jobber?**

T: Unter den Bedingungen einer **30-stündigen freiwilligen Beschäftigung** bei einem Regelsatz von 420 Euro hätte er **1178 Euro Brutto**, was einem **Bruttostundenlohn von 9,06 Euro** entspräche. Sollte er noch die Spielräume, die sich durch die 30 Stunden Woche eröffnet für einen **Mini-Job** nutzen wollen, würden noch einmal 160 Euro hinzukommen und wir wären bei **1338 Euro Brutto**.

B: Berücksichtigen wir die wachsende Gruppe der **Working Poor**. Die Profis der Nation würden Dir entgegenhalten, dass niemand mehr im **Niedriglohnbereich** würde arbeiten wollen, sondern sich alle arbeitslos melden würden und danach streben, im **öffentlichen Beschäftigungssektor** unterzukommen.

T: Zuerst muss deutlich herausgestellt werden, dass die im Niedriglohnsektor Beschäftigten einen Anspruch auf ergänzende Sozialhilfe und Wohngeld haben. Doch das ist nicht genug. Damit der **Niedriglohnsektor** nicht durch den öffentlichen

Beschäftigungssektor unterlaufen wird, ist es wichtig, über ein **höheres Wohngeld** Sorge zu tragen, dass die im privaten Niedriglohnsektor Arbeitenden etwas mehr in der Tasche haben.

B: Das würde dann höchstwahrscheinlich dazu führen, dass ein Großteil der Miete vom Staat finanziert werden müsste und die prekär Beschäftigten von der Angst befreit wären, ihre Mieten nicht mehr zahlen zu können.

T: Mehr noch: In diesem Fall hätte der Staat auch weniger Interesse daran, seine **kommunalen Wohnungsbestände** den Heuschrecken zum Fraß in den Rachen zu werfen, sondern den Bestand an preiswertem öffentlichem Wohnungsbestand zu halten und hinsichtlich der **Bewirtschaftungskosten eine höhere Transparenz** und **verbesserte Kosteneffizienz** zu erreichen. Bisher hat es sich umgekehrt verhalten: Durch vorsätzliches Missmanagement wurde die Verschuldung kommunaler Wohnungsbestände bewusst herbeigeführt, um sie jetzt günstig an private Investoren abzutreten.

B: Das **Wohngeld als Instrument des Kombilohns** einzusetzen, quasi als Belohnung für die prekär Beschäftigten und gleichzeitig ein Instrument, um dem Privatisierungswahnsinn im Wohnungsbau Einhalt zu bieten, das ist ein interessanter Ansatz, der jedoch zwangsläufig zu einer **höheren Haushaltsbelastung** führen wird. Zum einen durch den höheren Regelsatz für die ALG II Bezieher, zum anderen durch ein höheres Wohngeld für die prekär Beschäftigten. Die Neoliberalen würden einwenden, dass diese beiden Ansätze nicht zu finanzieren sind.

T: (lacht) Wie lautete der Slogan der FDP? "Wir können nur verteilen, was erwirtschaftet worden ist". Wie gesagt, der Standort Deutschland ist ausgezeichnet, was sich auch in der **Entwicklung der Einkommen aus Kapitalerträgen** widerspiegelt. Die Einkommen aus Kapitalerträgen steigen um über 10 Prozent, während die Einkommen aus nicht selbständiger Arbeit sinken. Arbeiten lohnt sich in Deutschland immer weniger, Arbeiten lassen hingegen schon, sei es, dass die Betuchten ihr Kapital arbeiten lassen oder den Maschinenpark die Früchte einfahren lassen.

B: Du denkst also an Umverteilung durch eine Vermögens- und Erbschaftssteuer?

T: Diese Steuern sind nicht unmittelbar an die Lohnentwicklung gekoppelt, d.h.: Einnahmen aus der Vermögens- und Erbschaftssteuer versickern irgendwo im Staatshaushalt, müssen aber nicht zwangsläufig im Etat der Sozialstaatsausgaben landen. Anders wäre es, wenn eine **Sozialabgabepflicht auf alle Einkommen aus Kapitalerträgen eingeführt wird und diese an die Entwicklung der Einkommen aus Nichtselbständiger Arbeit gekoppelt wird. Dann hätten die Finanzjongleure eine wirkliche Herausforderung: Solidarität finanzökonomisch und haushaltspolitisch durchzusetzen.**

B: Das würde bedeuten, wenn die Einkommen aus Kapitalerträgen steigen, dann müssen auch die Einkommen aus nicht selbständiger Arbeit steigen.

T: Und das in der richtigen disproportionalen Relation! Dann würde sich das Arbeiten auch wieder lohnen oder anders gesagt, dann hätten wir zumindest den **Ansatz einer solidarischen Ökonomie**. Darüber hinaus ist es unterdessen ja auch evident, dass die **Senkung der Spitzensätze in der Einkommenssteuer** nicht zu den erhofften Beschäftigungseffekten geführt hat. Folglich ist diese Privilegierung der oberen Einkommensbezieher wieder **rückgängig** zu machen.

B: Wird dieses **dynamische Koppelungsmodell** einer Sozialabgabepflicht auf Einkommen aus Kapitalerträgen diskutiert?

T: Nein, diese Ansätze sind nicht einmal in Hinterhöfen diskursfähig. Dort verharren viele in einer Verweigerung und im öffentlichen Diskurs der Bewusstseinsindustrie spielt weder das Koppelungsmodell noch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer eine Rolle. Doch das verwundert nicht, denn es handelt sich im herrschenden öffentlichen Diskurs lediglich um eine Scheindebatte. Und auch wenn wir einen

symbolischen Mindestlohn bekommen, dann hat dieser die Funktion, das Arbeitslosengeld II erstens abzusenken und zweitens die Zuverdienstmöglichkeiten abzuschaffen. **Die Arbeitslosen werden kapitalisiert**, so der neue menschenverachtende Sprachgebrauch. Ich wiederhole: Vollzeit für 5,99 Brutto, im Monat 1000 Euro Brutto. Davon zu entrichten sind die Versicherungsleistungen, die Miete, die Betriebskostennachzahlung, die Stromrechnung, die Praxisgebühr, die Medikamentenzuzahlung und das, was der Mensch zum Überleben braucht. Dann kommt die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer... Wie gesagt, es geht um die Frage, wie man sich der Working Poor entledigen kann, wie ihre Lebenszeit verkürzt werden kann: Prekär Arbeiten bis zum umfallen unter miesesten Bedingungen, das ist das Motto der herrschenden Regierungspolitik.

B: Was durch die bevorstehende Mehrwertsteuererhöhung noch verschärft wird.

T: Das liegt auf der Hand und eigentlich müssten die Betroffenen aufstehen und eine **Mehrwertsteuerbefreiung für Erwerbslose, prekär Beschäftigte, Studierende und Rentner** fordern. Nicht zu vergessen die **Befreiung von der Praxisgebühr und der Medikamentenzuzahlung**. Aber zu einer offensiven Differenzierung fehlt es im außerparlamentarischen Spektrum hinten und vorne.

B: Eine Mehrwertsteuerbefreiung? Wie soll das gehen?

T: Der genannte Personenkreis holt beim Einkaufen seine entsprechende Chipkarte heraus, diese wird eingelesen und schon wird die Mehrwertsteuer vom Rechnungsbetrag abgezogen.

B: Schon der Begriff „Chipkarte“ ruft die Datenschützer auf den Plan

T: Die sind auch herzlich eingeladen, dafür Sorge zu tragen, dass auf dem Chip lediglich die Legitimation zur Mehrwertsteuerbefreiung enthalten ist – und nichts weiter!

B: Ist da nicht ein Missbrauch, beispielsweise durch Weitergabe der Karte an Dritte, zu erwarten?

T: Ein Foto des Begünstigten wie der Name sollten schon auf der Karte abgebildet sein. Doch das entscheidende ist doch, dass keine Daten gespeichert werden, die Rückschlüsse auf das Einkaufsverhalten erlauben.

B: Müssten nicht die Kassen umgestellt werden?

T: Gewiss, doch das schafft wiederum Arbeitsplätze (lacht).

B: Und was würdest Du denen antworten, die im Vorzeigen der Karte an der Kasse eine Stigmatisierung sehen?

T: Zum einen sind diese Befreiungskarten ja nicht nur auf den Personenkreis der Arbeitslosen begrenzt, sondern sie umfasst auch den Personenkreis der Rentner, die auf Grundsicherung angewiesen sind, wie die Studierenden, Flüchtlinge und andere. Es sollte nicht als Armenausweis verstanden werden, sondern eine **Befreiungskarte**. Zum anderen brauchen wir, um der Verarmung entgegenzuwirken, wirklich einen **offenen Wettbewerb der Ideen im Sinne des Sozialisten Gramscis**, indem wir konstruktiv streiten. Das bedeutet, wenn eine neue Idee in den Kinderschuhen steckt, dann sollte diese nicht gleich abgeblockt werden, sondern die Grundintention verfolgt und verbessert werden. Ein konstruktiver Wettstreit, indem sich nicht die verschiedenen linken Lager Vorhaltungen machen, sondern sich bereichern durch Ergänzungen und Verbesserungsvorschläge.

B: Du meinst ähnlich wie die Japaner, die technologische Innovationen kopiert haben und während des Kopierens innovative Verbesserungen erarbeitet haben?

T: Genau das! Wir müssen in der Suche nach besseren linken Antworten ganz massiv an unserer eigenen Dialogfähigkeit arbeiten: Weniger kritisches Hinterfragen als

**konstruktive Dialogbereitschaft auch gegenüber neuen Denkanstößen** in der Suche nach gemeinsamen Verbesserungen, daran hapert es ganz gewaltig. Ich habe nichts gegen Debatten, aber das argwöhnisch-neurotische Hinterfragen von neuen Ideen durch die üblichen Verdächtigen spricht selbst ernannten Wortführer geht mir wirklich auf die Nerven, weil es die Linke als Bewegung nicht weiterbringt.

B: Was neue Ideen betrifft, da erwähntest Du auch in einem anderen Gespräch, dass die **Einführung einer Gewaltsteuer auf bestimmte Computerspiele und TV-Sendungen** längst überfällig sei.

T: Gerade vor dem Hintergrund des Pisa-Effektes und des veränderten Freizeitverhaltens Jugendlicher sollten die politischen Vertreter der Leitkultur sich den **Folgen ihrer Medienpolitik** stellen: Der Medienkonsum ist heutzutage DIE Schnittstelle zur Gesellschaft. Der Sozialpsychologe **Erich Fromm** schrieb in den 50er Jahren: „**Die Familie ist die soziale Agentur der Gesellschaft**“. Der sogenannte Familienkreis wurde durch die Glotze zum Halbkreis und mit dem Preisverfall dieses Mediums bzw. der Verschmelzung von PC und TV schauen heutzutage viele singularisiert. Und das, was da auf der Mattscheibe geboten wird, lässt einen schaudern. Gewiss - Gewalt hat es auch schon vorher gegeben, aber die Darstellungen werden unmittelbarer, brutaler und härter – und im Vergleich zu früher, spielt die Einbindung von Gewaltszenen in einen moralischen Kontext kaum noch eine Rolle. Wenn Konservative den Werteverfall beklagen oder über den Sittenverfall herziehen, sich über das mangelnde Wissen beklagen, dann sollten sich diese Konservativen mit den „Usern“ der Ego-Shooter-Spiele einmal detailliert über Waffengattungen im Detail unterhalten. Sie wären überrascht, mit welchem enormen Experten-Wissen sie es zu tun bekommen. Was ich damit sagen will: Die **massenmediale Konditionierung in Richtung Aggression und Gewalt läuft auf Hochtouren**. Wenn dann diesen jungen Menschen jede Perspektive auf bürgerliche Integration genommen wird, dann sind **eruptive Ausbrüche wie in Frankreich** das Spiegelbild der Gesellschaft. Oder anders formuliert, in Anlehnung an den **Friedensforscher Johan Galtung**: Eine Gesellschaft, in der die „**strukturelle Gewalt**“ integraler Bestandteil ist, wird mit faktischen Gewaltausbrüchen nicht nur leben müssen, sondern diese marktkonform verwerten.

B: Das heißt Gewaltausbrüche, die eigentlich zu verstehen sind als Ausdruck des Protestes, werden politisch nur fadenscheinig behandelt?

T: Schlimmer – diese vorsätzlich provozierten Gewaltausbrüche werden genutzt, um den **Repressionsapparat hochzurüsten** bzw. zu modernisieren. Videokameras werden durch hochauflösende, bessere, robustere Kameras ersetzt. Es ist grotesk: Die **Konditionierung zur Aggression** durch die Mattscheibe führt zu einer technologischen Optimierung der Videokamera, so dass dem jugendlichen Straftäter auf der Anklagebank über die Mattscheibe in allerbesten, cineastischen Qualität vorgeführt wird, dass er nicht besser ist, als jene, denen er zuvor auf der Glotze seine Aufmerksamkeit geschenkt hat. Es gibt halt nur einen feinen Unterschied: Jetzt ist er Hauptdarsteller, der sich strafrechtlich verantworten muß, während seine bewunderten Hauptdarsteller in Hollywood einen Oscar kassieren.

B: Und du glaubst eine **Gewaltsteuer**, zu zahlen von jenen Sendern, die Sendungen mit hohem Gewaltanteil ausstrahlen, könnte das ändern?

T: Ich bin kein Prophet, doch es ist einen Versuch wert, zumal aus diesen Einnahmen **Kulturprojekte gefördert** werden könnten, in denen unter Einbeziehung von Jugendlichen **das Miteinander im Vordergrund steht** und nicht das Abschlagen.

B: Wäre es nicht besser, die Jugendlichen von der Glotze und den Ballerspielen loszulösen?

T: Natürlich, doch welcher Hartz IV empfangende Jugendliche kann sich beispielsweise die Mitgliedschaft in einem Sport- oder Kulturverein leisten? Zumal solche Vereine auch mit Zusatzkosten verbunden sind. Wer im Ruderverein mitmacht, will auch nicht in den letzten Klamotten erscheinen usw. Was bleibt dem Hartz IV Jugendlichen? Es bleibt die Straße und diese liegt möglicherweise in einem sozialen Brennpunkt. Ich will

das nicht näher ausführen, nur es läuft alles auf eine **Amerikanisierung** hinaus, mit der Folge, dass die Ausgaben zur Unterbringung in privatisierten Knästen höher sein werden als die Ausgaben für die Schulbildung. Das Problem – und ich wiederhole das – diese Entwicklung ist gewollt, sie wird vorsätzlich herbeigeführt. Denn die Vertreter der Leitkultur mit samt ihren Beratern, nicht zu vergessen die Initiative Neue Soziale Machtwirtschaft – die wollen diese Verrohung durch Verarmung herbeiführen. Und die Erhöhung der Mehrwertsteuer wird diesen Prozess beschleunigen.

B: Dabei ist während unseres Gesprächs deutlich geworden, dass es auch anders gehen könnte: **Das Koppelungsmodell einer Sozialabgabepflicht auf sämtliche Einkommen aus Kapitalerträgen, die Rücknahme der Senkung der Einkommensspitzensteuersätze, möglicherweise auch die Einführung der Vermögenssteuer und dann auch die Einführung einer längst überfälligen Gewaltsteuer wie die Mehrwertsteuerbefreiung für bestimmte Personengruppen. Dieses Paket wäre nicht nur eine Alternative zur Erhöhung der Mehrwertsteuer, sondern hiermit ließe sich auch ein höherer ALG II Regelsatz wie ein höheres Wohngeld für die im Niedriglohnsektor Beschäftigten finanzieren – Ist diese Zusammenfassung Deiner Anregungen und Empfehlungen vollständig.**

T: Ja, das könnten einige **Eckpfeiler für eine pragmatische Politik der sozialen Schritte Richtung bedingungsloses Grundeinkommen** sein.

B: Danke für das anregende Gespräch.